

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Verwaltungs- und Bauausschusses am 11.05.2010,
17:00 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses
Teil Amt 6

Anwesend:

1. Oberbürgermeister Müller
2. Stadtrat Schmidt
3. Stadtrat Lorenz
4. Stadträtin Richter (i. V. für Stadtrat M. Müller)
5. Stadtrat Rank
6. Stadtrat Weiglein
7. Stadtrat Heisel
8. Stadträtin Glos (i.V. für Stadtrat Sycha)
9. Stadträtin Wachter (i. V. für Stadtrat Haag)
10. Stadträtin Wallrapp
11. Stadtrat Steinrück
12. Stadtrat Pauluhn
13. Stadtrat Böhm (i. V. für Stadtrat Schardt bis Punkt 1.1)
14. Stadtrat Schardt (ab Punkt 1.2)

Entschuldigt fehlten:

Stadtrat M. Müller
Stadtrat Sycha
Stadtrat Haag

Als Gast:

Stadtrat Böhm (ab Punkt 1.2)

Berichterstatter:

Baudirektor Janner für Amt 6
Assessorin Näck-Schoor für Amt 6
Stadtplaner Pohl für Amt 6
Oberamtsrat Schwarz für Amt 3

Schritfführer:

Verwaltungsfachwirt Müller für Amt 6
Amtsinspektor Felbinger für Amt 3

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung: Die Ladung zur Sitzung ist ordnungsgemäß erfolgt. Zu Beginn der Sitzung sind mehr als die Hälfte der Ausschussmitglieder anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, den Tagesordnungspunkt „Verkehrsangelegenheiten“ vorzuziehen. Hiermit besteht allgemeines Einverständnis.

1. Punkt 2 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten Einrichtung eines „Behindertenparkplatzes“ in der Kaiserstraße

Oberamtsrat Schwarz trägt vor, dass seitens des neuen Medizin- und Gesundheitsgeschäftes am Gustav- Adolf- Platz der Antrag gestellt wurde, im Bereich des Geschäftes einen Behindertenparkplatz einzurichten. Nach den Feststellungen der Antragsteller ist der Anteil von Schwerbehinderten an der Kundschaft hoch. Nach einer Ortseinsicht mit dem Schwerbehindertenbeauftragten, Herrn Stadtrat Popp, stehen zwei Alternativen für den Standort zur Auswahl. Eine Möglichkeit wäre der erste Parkplatz am Gustav- Adolf- Platz/ Beginn Alte Burgstraße. Als weitere Alternative kommt ein Parkplatz in der Kaiserstraße, unmittelbar vor dem Geschäft in Betracht. In Absprache mit dem Schwerbehindertenbeauftragten und der Firmenleitung fiel die Wahl auf den Parkplatz in der Kaiserstraße, da die Ein- und Ausstiegsmöglichkeit günstiger ist. Der vorhandene Hochbord wird vom Stadtbauamt angeglichen, sodass die Rollstuhlfahrer die Möglichkeit haben, das Geschäft problemlos anzufahren.

Es wird daher vorgeschlagen, den Schwerbehindertenparkplatz in der Kaiserstraße einzurichten.

Stadträtin Wallrapp spricht sich für den Vorschlag der Verwaltung aus, da sich Vorschlag 1 hinter einer Kurve befindet und der Vorschlag 2 außerdem besser angefahren werden kann.

Der Oberbürgermeister stellt fest, dass keine weiteren Fragen vorliegen und bittet um Abstimmung.

-Einstimmig-

Dem Antrag der Firma WFP GmbH auf Einrichtung eines „Behindertenparkplatzes“ in der Kaiserstraße wird zugestimmt.

2. Punkt 3 der Tagesordnung: Sonstiges

Der Oberbürgermeister berichtet über eine Beschwerde bezüglich der Parksituation am Postfrachtzentrum. Hier wurde festgestellt, dass auf den Lkw-Parkspuren entlang des Postfrachtzentrums tagsüber Pkw's abgestellt werden, sodass ein Lkw-Parken unterbunden wird.

Durch die abgestellten Pkw verlagert sich das Lkw-Parken tagsüber auf die umliegenden Bereiche. Es wird deshalb vorgeschlagen, ein „eingeschränktes Halteverbot“ für Pkw's in diesen Lkw-Parkbuchten anzuordnen. Außerdem wird auf den gegenüberliegenden, in Privatbesitz befindlichen Grundstücken, geparkt. Durch das Queren des Gehweges von und zur Fahrbahn entstehen Schäden und bei ungünstiger Witterung Verschmutzungen. Deshalb sollte mit den Eigentümern der Grundstücke Verbindung aufgenommen werden. Die Eigentümer sind darauf hinzuweisen, dass sie für die Reinigung der Fahrbahn mitverantwortlich sind.

Stadträtin Wallrapp verweist zusätzlich auf die wilden Müllablagerungen, die durch Lkw-Fahrer verursacht werden und stimmt dem Oberbürgermeister in seinen Ausführungen voll zu.

Der Oberbürgermeister fragt an, ob über ein „eingeschränktes Haltverbot“ spontan Beschluss gefasst werden kann. Es besteht allgemeines Einverständnis.

Der Oberbürgermeister bittet um Abstimmung, dass in den Lkw-Haltebuchten ein „eingeschränktes Halteverbot“ für Pkw´s angebracht wird.

-Einstimmig-

In den Lkw-Parkbuchten entlang des Postfrachtzentrums wird ein „eingeschränktes Halteverbot“ für Pkw´s angebracht.

Nach Punkt 2 und Punkt 3 der Tagesordnung wird die Sitzung mit Punkt 1 – Bauangelegenheiten - fortgesetzt (siehe Teil Amt 6).

Müller
Oberbürgermeister

Amtsinspektor Felbinger
Schriftführer für Amt 3

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Oberbürgermeister Müller darauf hin, dass 1.4 der Tagesordnung „BGV-Nr. 47/2010, Antrag auf Errichtung eines Carports, Klettenberg“ nicht behandelt werden müsse. Im Kaufvertrag mit der Stadt Kitzingen von 2004 wurde festgelegt, dass diese Fläche als Garage bzw. Carport genutzt werden dürfe. Dies wird zur Kenntnis genommen.

1. Genehmigungsvorgänge 2009
Information von Stadtplaner Pohl

Stadtplaner Pohl geht ausführlich auf die Baugenehmigung im Jahr 2009 ein und stellt dar, dass die Vielzahl der Bauanträge genehmigt werde und lediglich die unklaren Angelegenheiten in den Verwaltungs- und Bauausschuss müssten.

Stadträtin Richter fragt nach, wie lange eine Baugenehmigung daure.

Bauamtsleiter Janner erklärt, dass dies von Bauantrag zu Bauantrag unterschiedlich sei.

Stadträtin Richter fragt nach einer Aufstellung, wonach man auch die Zeitdauer der Genehmigungsvorgänge erkennen könne.

Bauamtsleiter Janner erklärt, dass eine solche Aufstellung einen Personalaufwand fordere, jedoch diese Aufstellung mit einer Baugenehmigungssoftware problemlos möglich wäre. Hierzu werde die Verwaltung in Kürze einen entsprechenden Vorschlag machen.

Die Vorstellung der Zahlen wird zur Kenntnis genommen.

2. BGV-Nr. 38/2010
Bauvoranfrage zur Errichtung eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage auf Flurstück Nr. 1, Gemarkung Hohenfeld

Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Verwaltungs- und Bauausschuss stimmt der Erteilung eines positiven Bauvorbescheides zu.

3. BGV-Nr. 21/2010

Bauantrag zur Errichtung einer Spielhalle, Falterstraße 11

hier: -Antrag auf Ausnahme nach § 6 Abs. 3 BauNVO

Antrag auf Befreiung nach § 20 Gestaltungssatzung zur Errichtung einer Photovoltaikanlage

A. Oberbürgermeister Müller verweist auf den Sachvortrag und bitte um Abstimmung. Stadtrat Pauluhn ist der Auffassung, dass man der Photovoltaikanlage zustimmen könne.

Bauamtsleiter Janner gibt insoweit Recht, jedoch waren die Spielhalle und die Photovoltaikanlage in einem Antrag enthalten, über welchen entsprechend abgestimmt werden müsse.

Stadtrat Pauluhn bittet, dass man dem Antragssteller die Genehmigungsfähigkeit der Photovoltaikanlage entsprechend mitteilt.

Bauamtsleiter Janner sagt dies zu.

B. Mit 12 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Der Verwaltungs- und Bauausschuss erteilt keine Ausnahme i. S. des § 6 Abs. 3 Baunutzungsverordnung (BauNVO) und lehnt die Errichtung einer Spielhalle ab. Gleichzeitig erteilt der Verwaltungs- und Bauausschuss damit auch keine Befreiung nach § 20 der Gestaltungssatzung der Stadt Kitzingen von § 16 dieser Satzung zur Errichtung einer Photovoltaikanlage im Dachbereich der Spielhalle.

4. Information zum geplanten Abriss des Wohnhauses Schrankenstraße 34 und Ersatz durch einen Neubau

A. Stadtplaner Pohl geht ausführlich auf die Planungen des Neubaus im Bereich der Schrankenstraße 34 ein und stellt anhand der Pläne dar, wie das Gebäude aussehen soll.

Er erklärt, dass das Gebäude im Jahr 2008 auf die Denkmalschutzliste gesetzt wurde und das Landesamt für Denkmalpflege unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten einen Erhalt des Gebäudes favorisiere. Der Eigentümer ist anderer Auffassung und hat aus diesem Grund die vorgelegte Planung eingereicht.

Aus städtebaulicher Sicht sei dies eine markante Stelle, weshalb die Stadt einen Neubau befürworten würde, da eine Bautätigkeit auch einen Aufschwung in diesen Bereich bringe.

Bauamtsleiter Janner ergänzt, dass die Stadt als untere Denkmalschutzbehörde ein Interesse im Erhalt haben müsse, jedoch müsse dabei auch die wirtschaftliche Komponente beachtet werden. Seiner Auffassung nach sollte ein Neubau dergestalt erfolgen, dass er zu Kitzingen passt.

Die Stadträte sind der Auffassung, dass der Abriss sinnvoll sei und ein Neubau an dieser markanten Stelle einen Aufschwung bringen würde. Jedoch halten Teile des Stadtrates die Gestaltung des Gebäudes für überarbeitungsbedürftig. Ebenfalls wird angesprochen, dass eine moderner Akzent neben den historischen Bausubstanz sehr reizvoll sei.

B. Mit 13 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, dass die Verwaltung mit dem Bauwerber weiterhin in Verhandlungen trete, mit dem Ziel einen Abriss des bestehenden Gebäudes

(Schrannenstraße 34) zu erreichen und beim Neubau zu einer städtebaulich verträglichen Lösung zu gelangen.

5. Anfrage von Stadträtin Richter
Baubeginn Friedrich-Ebert-Straße

Stadträtin Richter fragt nach, wann die Bauarbeiten an der Friedrich-Ebert-Straße beginnen.

Bauamtsleiter Janner erklärt, dass die Antragsunterlagen nun vollständig eingereicht wurden und nach Vorliegen des vorzeitigen Baubeginns die ersten Aufträge vergeben werden können.

Mit den Firmen wurde bereits vorab gesprochen, dass die Arbeiten zügig vorangehen sollten.

Stadträtin Richter berichtet von Aussagen aus der Anliegerversammlung, wonach die wegfallenden Parkplätze am Bahnhof entstehen, jedoch das Gebäude erst im September weggerissen werde.

Bauamtsleiter Janner bestätigt dies und verweist auf die abschnittsweise Umsetzung und hofft, dass sich dadurch die Parkplatzproblematik in Grenzen halte.

Stadträtin Richter verweist darüber hinaus auf einen Zaun im Bereich der Friedrich-Ebert-Straße, der in einem sehr schlechten Zustand sei und entfernt werden müsste.

Bauamtsleiter Janner sagt zu, dies zu prüfen.

6. Anfragen von Stadtrat Pauluhn
Werbeanlage Seynstahl
Mauer Fohnbergweg

Stadtrat Pauluhn verweist auf die Werbeanlage der Firma Seynstahl und fragt nach, ob diese genehmigt wurde.

Stadtplaner Pohl bejaht die Genehmigung.

Stadtrat Pauluhn fragt außerdem nach, wer für die Mauer am Flurbereinigungsweg „Fohnbergweg“ die Unterhaltspflicht habe, da die Mauer stark beschädigt sei.

Bauamtsleiter Janner sagt zu, dies zu prüfen.

7. Anfrage von Stadtrat Schmidt
Situation am Viadukt B 8

Stadtrat Schmidt fragt nach dem Sachstand, der sicheren Überquerung der Fußgänger im Bereich der Würzburger Straße, B 8, Viadukt.

Bauamtsleiter Janner erklärt, dass im Zusammenhang mit der Anbindung der Nordtangente eine Lösung gefunden werde.

Stadtrat Schmidt weist darauf hinaus auf die geschotterten Seitenstreifen, die ebenfalls entsprechend gestaltet werden müssten.

Bauamtsleiter Janner erklärt, dass dies ebenfalls im Zusammenhang der Anbindung erledigt werde.

Außerdem verweist Stadtrat Schmidt auf einen Grünstreifen unter dem Viadukt, der kein Wasser und keine Sonne abbekommt und deshalb nicht entsprechend wachsen könne und bittet um Abhilfe.

Bauamtsleiter Janner sagt eine Prüfung zu.

8. Anfrage von Stadträtin Glos
Baufortschritt Nordtangente

Stadträtin Glos erkundigt sich nach dem Baufortschritt der Nordtangente.
Bauamtsleiter Janner erklärt, dass man sich gegenwärtig im Zeit- und Kostenplan befindet.

9. Anfrage von Stadträtin Wallrapp
Kreuzungsbereich Fehrer/Nordtangente

Stadträtin Wallrapp verweist auf den Kreuzungsbereich von der Firma Fehrer kommend in Richtung der Nordtangente und stellt fest, dass die Aufstellspur zu schmal sei und bei viel Verkehr es zu entsprechenden Rückstauungen komme. Sie fragt nach Abhilfe.
Bauamtsleiter Janner erklärt, dass man diesbezüglich das Staatliche Bauamt bereits angesprochen habe.

10. Anfrage von Stadträtin Richter

Stadträtin Richter verweist auf eine Laterne, die im Bereich einer Wirtschaft an der Nordtangente direkt im Geh- und Radweg steht und erklärt, dass dies zu Gefahren führen könnte.
Bauamtsleiter Janner erklärt, dass dies ebenfalls mit der Anbindung der Nordtangente geprüft werden müsse.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 18.20 Uhr

Oberbürgermeister

Protokollführer